

TU Darmstadt

Seminar: Was ist Arbeit
Wintersemester 2012/13



Der Arbeitsbegriff im Wandel

Zeit für ein neues Verständnis von Arbeit in Deutschland?

Abgabedatum : 23.01.2013
Studienfach : B.A. Soziologie

vorgelegt von:

Tobias Schneider

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	S. 3
2.	Der Arbeitsbegriff im Verlauf der Geschichte	S. 4
2.1.	Normative Herausbildung	S. 4
2.2.	Ökonomische Aufladung	S. 5
3.	Vorherrschender Begriff der Arbeit in Politik und Wirtschaft	S. 7
3.1.	Der Arbeitsbegriff in der aktuellen Wirtschaftspolitik	S. 7
3.2.	Der Arbeitsbegriff in der aktuellen Politik der großen Volksparteien	S. 7
3.3.	Der Arbeitsbegriff in der Arbeitssoziologie	S. 9
4.	Drei Anläufe zum Aufbrechen des Arbeitsbegriffs	S. 10
4.1.	Erwerbsgesellschaft ohne Erwerbsarbeit – Das System wird sich selbst zum Problem	S. 10
4.2.	Kritik der feministischen Bewegung	S. 11
4.3.	Kritik aus philosophischer Sicht	S. 12
5.	Jenseits des konventionellen Arbeitsbegriffs	S. 14
5.1.	Nicht-Arbeit	S. 14
5.2.	Erweitertes Verständnis	S. 15
5.3.	Der Dritte Sektor	S. 16
6.	Konzepte für eine Gesellschaft mit einem erweiterten Arbeitsverständnis	S. 17
6.1.	Bürgerarbeit – Ulrich Beck	S. 17
6.2.	Bedingungsloses Grundeinkommen – André Gorz	S. 17
7.	Fazit	S. 19
8.	Quellen	S. 20

1. Einleitung

Arbeit ist heute eine zentrale Institution unserer Gesellschaft in Deutschland und wohl der meisten weiteren westlich orientierten Industrieländer, weshalb diese auch als Arbeitsgesellschaften bezeichnet werden. Subjektiv wird Arbeit vom Individuum stets als soziale Tatsache wahrgenommen, die sich in vielen Facetten zeigen kann: Lust oder Last, Pflicht oder Menschenrecht, Notwendigkeit oder Selbsterfüllung. Altkanzler Schröder äußerte sich 2001 in einem Bild-Interview: „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft.“ Wer arbeiten könne, aber nicht wolle, dürfe somit nicht mit Solidarität rechnen (Manager-Magazin 2001)¹. Diese Aussage verdeutlicht das vorherrschende und selten hinterfragte Verständnis von Arbeit in unserer Leistungsgesellschaft: Arbeit ist Lohnarbeit und Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe. Erwerbsfähige Menschen müssen einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, um ihre eigenen Lebenserhaltungskosten zu finanzieren und um ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu sein. Weiterhin ist sie mit Zwang ausgestattet. Wer nicht arbeitet erhält unter bestimmten Voraussetzungen zwar Transferleistungen in Form von Hartz IV, die ein Leben unterhalb der Armutsgrenze ermöglichen, dennoch werden Arbeitslose, die angebotene Stellen verweigern, mit weiteren Sanktionen, bis hin zum völligen Aussetzen von Zahlungen, bestraft. Gleichzeitig wird von den Medien in Reportagen und Reality-Shows ein marktkonformes Bild des „faulen Arbeitslosen“ propagiert und reproduziert, welches Vorurteile und einen sozialen Ausschluss dieser befördert und die Erwerbsarbeit in ihrer zentralen Stellung bekräftigt.

Im Folgenden soll verdeutlicht werden, dass es sich lohnt den Begriff der Arbeit in unserer Gesellschaft zu reflektieren und sich deutlich mit ihm auseinanderzusetzen. So wird zuerst die Geschichte des Arbeitsbegriffs verfolgt, daraufhin das Verständnis von Arbeit in Deutschland betrachtet, um letztendlich Gründe aufzubringen, aus denen es sich lohnt, das vorherrschende Arbeitsverständnis grundlegend zu überdenken. Schließlich werden Vorschläge erörtert, wie eine Gesellschaft gestaltet werden kann, die nicht auf dem Primat der Lohnarbeit basiert. Ziel dieser Hausarbeit ist es letztendlich, der verpflichtenden Erwerbsarbeit ihre legitimierende Selbstverständlichkeit zu entziehen und zu einem veränderten Verständnis von Arbeit anzuregen.

¹ Artikel im Manager-Magazin vom 6.04.2001 über die Äußerung Gerhard Schröders in einem Interview mit der Bild-Zeitung: „Nach Ansicht des Bundeskanzlers gehen die Arbeitsämter viel zu zimperlich mit den Arbeitslosen um, die bereits einen Job abgelehnt haben.“ (Manager-Magazin 2001)

2. Der Arbeitsbegriff im Verlauf der Geschichte

Die Engführung der Arbeit auf Erwerbsarbeit und die damit einhergehende ideologische Aufladung ist noch relativ jung, stellt der Soziologe Jürgen Kocka fest. Noch im 18. Jahrhundert wurde „Arbeit im umfassenden Sinn“ (Kocka 2005: S.2) als allgemeiner Begriff verstanden, der folgende, vorsichtig gewählte Merkmale trug: „Arbeit hatte einen Zweck außerhalb ihrer selbst, den Zweck etwas herzustellen, zu leisten, zu erreichen; Arbeit hatte etwas von Verpflichtung oder Notwendigkeit an sich, diente einer von anderen gestellten oder selbst gesetzten Aufgabe; Arbeit war immer auch mühsam, hatte Widerstand zu überwinden, erforderte Anstrengung und ein Minimum an Beharrlichkeit, über den Punkt hinaus, an dem die Aufgabe aufhörte, ausschließlich angenehm zu sein.“ (Kocka 2005: S.2) Die Herausbildung unseres heutigen Begriffs der Arbeit blickt vielmehr auf eine längere Geschichte normativer und ökonomistischer Verknüpfungen zurück

2.1. Normative Herausbildung

Während Arbeit in der Antike noch stark abgewertet wurde und wortgeschichtlich vom althochdeutschen „arebeit“ (Kocka 2005: S.2) abstammt, das für „dunkel, düster und hart“ (ebd.: S.2) steht und auch „mühe, mühsal, not“ (ebd.: S.2) entspricht, war in der jüdisch-christlichen Tradition schon ein Wechselspiel aus „Fluch und Segen, Strafe und göttlicher Auftrag“ (ebd.: S.2) zu erkennen, also Arbeit als „göttlich gewollt, [...] mit der Mühsal und Qual der harten Arbeit (aber) auch ein Stück Buße für die menschliche Sündhaftigkeit geleistet werden sollte“ (ebd.: S.2). Im Mittelalter und der frühen Neuzeit kam - in den sich bildenden Städten - der Arbeit und dem Handel schließlich eine wichtige Bedeutung zu. Sie prägten das bürgerliche Stadtleben, wurden mit Freiheit verknüpft und legitimierten Privateigentum und soziale Ungleichheit (vgl. ebd.: S.2). Letztendlich war es wohl die calvinistische Arbeitsethik, die, wie Weber in seiner Protestantismusthese konstatiert, der Arbeit das hohe Ansehen verschaffte und gleichzeitig die schnelle Ausbreitung des Kapitalismus beförderte. Arbeit ist „vor allem von Gott vorgeschriebener *Selbstzweck* des Lebens überhaupt. [...] >>Wer nicht arbeitet, soll nicht essen<<, gilt bedingungslos und für jedermann“ (Weber 1956: S.360). Dabei betont Weber: „Nicht Arbeit an sich, sondern rationale Berufsarbeit ist eben das von Gott verlangte“ (ebd.: S.362). Sie verlangte Disziplin und Fleiß; der persönliche, wirtschaftliche Erfolg (oder Misserfolg) wurde als ein von Gott gesandtes Zeichen und Vorbote über den Verlauf des weiteren Lebens nach dem Tod verstanden (vgl. Weber 1956: S.370-371).

2.2. Ökonomische Aufladung

Auch die ökonomische Besetzung der Arbeit fand erst im 18. Jahrhundert statt. Der schottische Moralphilosoph und Nationalökonom Adam Smith erhob Arbeit zum „Hauptbegriff der ökonomischen Theorie und der entstehenden Wirtschaftswissenschaften“ (Kocka 2005: S.2) um mit ihm Kritik an der absolutistischen Herrschaft zu äußern. Gesellschaft war nunmehr Wirtschafts- sowie Handelsgesellschaft, Arbeit nun Wertschöpfung, Produktions- und Tauschwert und wurde nach ihrer Produktivität unterschieden, was das Entstehen einer sozialen Ungleichheit begünstigte (vgl. ebd.: S.2). Die endgültige Verengung der Arbeit auf die Erwerbstätigkeit und die damit einhergehende Entwicklung der Gesellschaft zur Arbeitsgesellschaft vollzog sich mit der Industrialisierung und den Reformen im 19. Jahrhundert. Die kapitalistische Marktwirtschaft konnte sich endgültig durchsetzen und die dadurch zunehmende Erwerbsarbeit ließ sich stärker von anderen Tätigkeiten abgrenzen: Während Arbeit vorher stark in das Familien- und Sozialleben integriert sowie diskontinuierlich und pausenhaltig war, wurde sie nun von festen Strukturen umrahmt. Sie wurde an den neu geschaffenen, vom Privatleben abgetrennten ‚Arbeitsplatz‘ in großen Manufakturen und Werkstätten verlagert, mit Messinstrumenten in ‚Arbeitszeit‘ gemessen, mit Kontrollinstrumenten kontrolliert und mit vorgeschriebenen Schichtzeiten und Pausen durchstrukturiert. Letztendlich differenzierte sie sich weiter nach Geschlechterkriterien (vgl. ebd.: S.5). Während Arbeiten im Haushalt zuvor in enger Kooperation von Mann und Frau ausgeführt wurden, kam es zu einer neuen Rollenverteilung und räumlichen Trennung mit weitreichenden Folgen für die „realen Lebens- und Arbeitsperspektiven der Geschlechter, als auch für deren ideologische Typisierung“ (Sieder 1987: S.134): Der Mann und Vater, der der bezahlten Erwerbsarbeit nachging und die Frau und Mutter, die vorrangig für die unbezahlte Familienarbeit Verantwortung übernahm, also für die Sorge um die Nachkommenschaft und als häuslicher Rückhalt des Mannes. „Die Arbeit im Hause, erstmals mit der Frau identisch geworden, wurde tendenziell ihres produktiven Charakters entleert und immer mehr zur reproduktiven Arbeit“ (Sieder 1987: S.134). Sobald „die Familie aufhörte, Produktionseinheit zu sein, verlor die arbeitsteilige Erwerbs-Kooperation der Paare an Bedeutung“ (Kocka 2005: S.5) und durch die Entlohnung der marktorientierten Arbeit und Nichtbezahlung der Hausarbeit entstand ein Werteungleichgewicht zugunsten der ersten. Die kapitalistische Lohnarbeit nach Marx, also die marktfähige Erwerbsarbeit zur Produktion von Gütern und Waren im Tausch gegen Lohn geriet in den Mittelpunkt des Diskurses. Durch das Primat der Erwerbsarbeit traten zunehmend die reproduzierenden Leistungen in den Hintergrund. Sie waren zwar nach wie

vor von großem gesellschaftlichen Interesse und hoher Wichtigkeit, aber wurden als unbezahlte Tätigkeiten der männlichen Erwerbsarbeit untergeordnet (vgl. Kocka 2005: S.5-6).

3. Vorherrschender Begriff der Arbeit in Politik und Wirtschaft

Der Begriff der Arbeit ist in Deutschland durch eine starke Engführung auf die Erwerbsarbeit geprägt. Um die Aktualität dieser Einschränkung näher aufzuzeigen, werden die vorherrschenden Assoziationen des Arbeitsbegriffs in der aktuellen Wirtschaftspolitik, in der Politik der großen Volksparteien und im soziologischen Verständnis untersucht.

3.1. Der Arbeitsbegriff in der aktuellen Wirtschaftspolitik

Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft von 1967 regelt die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen in Deutschland. In §1 sind die vier wirtschaftspolitischen Ziele des sogenannten ‚magischen Vierecks‘: Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und hoher **Beschäftigungsgrad/Vollbeschäftigung** fest verankert. Sie bilden das Staatsziel des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Deutschlands (vgl. StabG §1). Auch in dem über dem Bundesrecht stehenden Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verpflichtet sich die EU mit ‚ihrer Politik und ihre[n] Maßnahmen [...] der Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus‘ (vgl. Art. 9 AEUV)².

Der deutsche Sozialstaat ist in Artikel 20, Abs. 1 des Grundgesetzes verankert. Das Sozialsystem wurde in den 1880er Jahren von Bismarck errichtet, bis heute weiter modifiziert und ist auf dem Fundament der Erwerbsarbeit gebaut. Es wird zu 60% aus gleichen Anteilen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge, sowie zu 40% aus Steuern finanziert. Die starke Verkopplung mit der Erwerbsarbeit führt unter anderem dazu, dass Menschen, die bisher nicht im Erwerbsleben waren, von verschiedenen Sozialleistungen ausgeschlossen werden (vgl.: Oschmiansky/ Kühl 2010b).

3.2. Der Arbeitsbegriff in der aktuellen Politik der großen Volksparteien

Auf das wirtschaftspolitische Verständnis von Arbeit haben vor allem die Volksvertreter Einfluss, weshalb es Sinn ergibt, das vorherrschende politische Verständnis von Arbeit zu analysieren. Im Folgenden werden die Parteiprogramme der zwei großen Volksparteien CDU und SPD zur Kurzanalyse herangezogen. Die CDU lässt in ihrer Einleitung des Grundsatzprogrammes von 2007 verlauten: „Der Mensch entfaltet sich auch in der Arbeit. Deshalb ist Vollbeschäftigung das Ziel der CDU“ (Grundsatzprogramm CDU 2007: S.11).

² Allerdings wird im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union der Preisstabilität eine vorrangige Stellung eingeräumt. Europarecht bricht Bundesrecht. (vgl. Art. 127 AEUV)

Weiterhin gilt „Arbeit für Alle [...] (als) Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Arbeit ermöglicht Selbstverwirklichung, stiftet Lebenssinn und ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. [...] Arbeit schafft Einkommen und Wohlstand. Die Soziale Marktwirtschaft will Vollbeschäftigung“ (ebd.: S.57). Das genauere Verständnis von Arbeit der CDU wird deutlich indem sie „Massenarbeitslosigkeit als unerträglich, nicht hinnehmbar und ökonomisch schädlich“ (ebd.: S.57) bezeichnet und appelliert „Vorfahrt für Arbeit“ (ebd.: S.58). Arbeit ist für die CDU in diesem Sinne Erwerbsarbeit und wird direkt mit Ökonomie und Wirtschaft in Verbindung gebracht – „Gesellschaftlicher Wohlstand kommt von Arbeit. Mehr Wachstum und mehr Arbeit bedingen einander“ (ebd.: S.58). Ehrenamt und soziale Arbeit hingegen werden getrennt von der Erwerbsarbeit zwar als wichtig für die Gesellschaft und die Demokratie anerkannt, jedoch als „freiwilliges und unentgeltliches Engagement für das Gemeinwohl“ (ebd.: S.84) bezeichnet.

Das Hamburger Programm der SPD vom 28. Oktober 2007 beginnt hingegen mit einer reflektierten, vielversprechenden Einführung zum Umbruch der Arbeitswelt und der Gesellschaft: „Das traditionelle Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und Selbstständigkeit bestimmt“ (vgl. Hamburger Programm 2007: S.9). Allerdings heißt es schließlich in Absatz 3.6 - Gute Arbeit für Alle: „Jede Frau und jeder Mann hat das Recht auf Arbeit. Arbeit ist der Schlüssel für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie gibt Lebenssinn und Anerkennung. [...] Arbeitslosigkeit dagegen, [...] verletzt die Menschenwürde, grenzt aus und kann krank machen“ (ebd.: S.51). Während bisher noch nicht ganz erkennbar ist, wie der Begriff der Arbeit von der SPD gefasst wird, heißt es schließlich unter der Überschrift „Arbeit für alle“ (ebd.: S.52): „Wir geben das Ziel der Vollbeschäftigung nicht auf, auch nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit in Deutschland“ (ebd.: S.52). Letztendlich ist im Hamburger Programm jedoch ein leichter Bewusstseinswandel festzustellen, indem die Partei einräumt, dass auch Kindererziehung, Familienarbeit, ehrenamtliche und politische Arbeit „die angemessene Anerkennung erfahren und deshalb in gesellschaftlicher Solidarität abgesichert sein sollen“ (ebd.: S. 52).

Interessanterweise verfolgt die Piratenpartei in ihrem Grundsatzprogramm einen relativ unkonventionellen Ansatz. Sie kritisiert, die Verknüpfung von Einkommen mit der Erwerbsarbeit. Die staatlichen Maßnahmen mit der Zielsetzung der Vollbeschäftigung (Wirtschaftsförderung, staatlich finanzierte bzw. subventionierte Arbeitsplätze) bezeichnet sie als „Umwege [...] (die) umfangreiche öffentliche Mittel“ verlangen (vgl. Grundsatzprogramm

Piratenpartei 2011: S.16). Daher fordert sie „dieses Einkommen jedem direkt“ (vgl. ebd.: S.16) im Sinne eines bedingungslosen Grundeinkommens zu garantieren. Als Begründung wird angeführt, dass „sichere Existenz [...] einen Freiraum für selbstbestimmte Bildung und Forschung sowie wirtschaftliche Innovation“ (vgl. ebd.: S.16) schafft. Gleichzeitig folgert sie daraus bessere Voraussetzungen für Familienarbeit, Ehrenamtsarbeit und weitere kreative Tätigkeiten und erweitert dadurch ihren Arbeitsbegriff auf diese.

3.3. Der Arbeitsbegriff in der Arbeitssoziologie

Auch in den Diskussionen der Arbeitssoziologie hat die Arbeit starke Engführungen erfahren und wurde bis Ende der 1980er Jahre zumeist auf Erwerbsarbeit oder gar auf abhängige Beschäftigung reduziert. Auf dem 21. Soziologentag im Jahr 1982 in Bamberg wurde für die thematisierte „Krise der Arbeitsgesellschaft“ schon vom Vorbereitungsausschuss der Begriff der Arbeit auf berufliche und vertraglich abgeschlossene Lohnarbeit eingengt. Als Begründung galt, dass Erwerbsarbeit für den mehrheitlichen Teil der Bevölkerung identitätsstiftend und Existenzgrundlage sei und „als konstituierende Grundlage institutionalisierter Normen und Werte der Gesellschaft“ (Wieland/ Pfeiffer 1996: S.225) fungiere. Gleichzeitig entstünden gesellschaftliche Konflikte vorwiegend „durch die auf dem Arbeitsmarkt sich gegenüberstehenden [...] Repräsentanten von Lohnarbeit und Kapital“ (ebd.: S. 225). Dennoch sollte ein für die Arbeitssoziologie bis dahin eher ungewöhnlicher Beitrag von Hans Paul Bahrtdt wegweisend sein: Anhand einer Metapher in der ein Kleinsiedler seinen Gemüsegarten (Naturaleinkommen) goss und abwechselnd zu den Rosen (Hobby/ Freizeitgestaltung) schwenkte, verdeutlichte er nicht nur, dass sich Arbeit und Freizeit teilweise schwer auseinander halten lassen. Vielmehr wollte er auch aufweisen, dass es wichtig ist den eindimensionalen Umgang mit dem Arbeitsbegriff abzulegen, da die „(...) Arbeitswirklichkeit sich von der vorherrschenden Auffassung von Arbeit unterscheidet“ (Bahrtdt 1938, zitiert nach Voß 2010: S.46). Letztendlich kann in Deutschland ab Mitte der 1980er Jahre ein gesellschaftlicher Wandel verzeichnet werden. Die „bis dahin völlig selbstverständlich als zentrale gesellschaftliche Betätigungsform geltende und mit der hoch bewerteten Kategorie „Arbeit“ geadelte formell erwerbsförmige Aktivität [...] wird – in ihrer praktischen gesellschaftlichen Relevanz als auch in ihrer semantischen Bedeutung“ (Voß 2010: S.47) zum ersten Mal nachhaltig thematisiert. Es entsteht ein Diskurs, der bis heute anhält.

4. Drei Anläufe zum Aufbrechen des Arbeitsbegriffs

Im Folgenden werden drei Ansätze vorgestellt, die der Engführung der Arbeit auf die Erwerbsarbeit das Fundament entziehen sollen.

4.1. Erwerbsgesellschaft ohne Erwerbsarbeit – Das System wird sich selbst zum Problem

Die Abhängigkeit der Sozialsysteme von der Erwerbsarbeit ist zunehmend als problematisch zu erachten. Globalisierung, Digitalisierung, Produktivitätssteigerung sowie Technisierung der Produktionsprozesse unterstützen eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit und die Steigerung der Nicht-Arbeitszeit. Die Erwerbsarbeit wird immer mehr zu einem knappen Gut (vgl.: Kocka 2005: S.8). Der deutsche Soziologe und Sozialhistoriker Jürgen Kocka konstatiert: „Das Regelsystem der Arbeitsgesellschaft [...] hat der Erwerbsarbeit als ihre tragenden Säule zu viel zugemutet und sie dadurch – ökonomisch gesprochen – zu teuer gemacht bzw. – sozial und politisch gesprochen – überfordert“ (Kocka 2005: S. 8). Die Lohnnebenkosten belasten die knapper werdende, normierte Erwerbsarbeit zu sehr und entziehen dem Sozialsystem die Basis (vgl. ebd.: S.8). Tatsächlich lässt sich eine Umschichtung am Arbeitsmarkt statistisch nachweisen. Das sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnis stellt die finanzielle Basis des Sozialsystems dar, doch dieses nimmt zugunsten von atypischen³ Beschäftigungsformen und Solo-Selbstständigen stetig ab. So berichtet das statistische Bundesamt, dass, während sich 1997 noch 82,5% der abhängig Beschäftigten im Normalarbeitsverhältnis⁴ befanden, es 2007 nur 74,5% und 2011 bereits nur noch 66,2% waren. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellte gleichzeitig einen Anstieg von geringfügiger, befristeter und Teilzeitbeschäftigung fest, von 18,2% im Jahr 1991 auf 32,2% im Jahr 2007. (vgl.: Oschmiansky/ Kühl 2010a/ destatis 2012) Ein Forschungsbericht des IZA im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung bestätigt ebenfalls: Das „sogenannte Normalarbeitsverhältnis hat insgesamt in Europa an Bedeutung verloren. [...] Im internationalen Vergleich hat das Normalarbeitsverhältnis in Deutschland relativ stark abgenommen“ (IZA 2010: S.59). Die Umschichtung vom sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsverhältnis zur versicherungsfreien atypischen Beschäftigung hat starke Beitragsausfälle für die Sozialsysteme zur Folge. Gleichzeitig waren im Dezember 2012 3,69 Menschen in

³ „Das Statistische Bundesamt definiert als atypisch Beschäftigte alle abhängig Beschäftigten, deren Arbeitsverhältnis befristet ist, die eine Teilzeitbeschäftigung bis maximal 20 Stunden ausüben, in einem Leiharbeitsverhältnis stehen oder einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen.“ (bpb 2010)

⁴ Normalarbeitsverhältnis beschreibt ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis, das in Vollzeit und unbefristet ausgeübt wird. Ein Normalarbeitnehmer arbeitet (im Gegensatz zu einem Leiharbeiter) direkt in dem Unternehmen, mit dem er einen Arbeitsvertrag hat und ist voll in die sozialen Sicherungssysteme integriert. (vgl. destatis)

Deutschland arbeitslos, also ca. 850.000 mehr als in den in den Medien offiziell mit 2,84 Millionen verkündet wurde⁵ (vgl.: Oschmiansky/ Kühl 2010a). Während in Deutschland an dem Paradigma der Arbeitsgesellschaft festgehalten wird und mit statistischen Tricks die Beschäftigungs- und Arbeitslosenzahlen schöngerechnet werden, zeichnet sich im europäischen Vergleich ein noch drastischeres Bild. Betrachtet man die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der EU27 im Juni 2012 liegt Deutschland mit 5,4% weit unter dem Durchschnitt von 10,4% (vgl.: Eurostat 2012). Es mangelt also an ‚normalen‘ Erwerbsarbeitsplätzen – im gesamten EU-Raum. Die derzeitige Quote in Deutschland kann darüber hinaus nur aufgrund der hohen Exportüberschüsse gehalten werden; vermindern sich die Exporte in den EU-Raum, Deutschlands wichtigstem Absatzmarkt, aufgrund der anhaltenden Krise, ist auch hierzulande mit dem Wegfall vieler Lohnarbeitsplätze zu rechnen. Die von der Erwerbsarbeit abhängigen Sozialsysteme geraten dann noch stärker unter Druck und es bleibt abzuwarten wie die Bundesregierung auf steigende Arbeitslosenzahlen reagiert.

4.2. Kritik der feministischen Bewegung

Wie oben dargestellt, lässt sich das Herunterbrechen des Begriffs Arbeit auf die Erwerbsarbeit vor allem auf die entstehende Ökonomisierung der Gesellschaft und die geschlechtliche Rollenverteilung im Arbeitsprozess zurückführen. So verwundert es wenig, dass erste Kritiken an dieser Einengung aus der feministischen Bewegung stammen. Die Historikerin und Professorin für interdisziplinäre Frauen und Geschlechterforschung Karin Hausen beanstandet, dass die geschlechtsspezifische Teilung von Arbeiten und Verantwortungsbereichen bis heute „ein grundlegendes, zur Struktur verfestigtes Element des Ordens gesellschaftlicher Verhältnisse“ (Hausen 2000: S.344) ist. Das derzeitige Ungleichgewicht führt sie auf die Verengung des Arbeitsbegriffs zurück die

⁵ Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Dezember 2012:	3.692.356
Offizielle Arbeitslosigkeit:	2.839.821
Nicht gezählte Arbeitslose:	852.535
Nicht gezählte Arbeitslose aufgeschlüsselt:	
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II:	196.239
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten):	127.180
Förderung von Arbeitsverhältnissen(1):	3.130
Fremdförderung:	79.391
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit:	29.089
Berufliche Weiterbildung:	165.833
Aktivierung und berufliche Eingliederung	159.508
Beschäftigungszuschuss (schwer vermittelbare Arbeitslose):	6.145
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen:	22
Kranke Arbeitslose (§ 126 SGB III):	85.998

(vgl. Bundesagentur 2012: S.94, angepasst nach DIE LINKE 2012)

„Fehlwahrnehmungen und Fehlbewertungen erleichtert, wenn nicht gar hervorgerufen“ (Hausen 2000: S.346) hat. Diese Engführung hatte zum einem die Typisierung von Arbeit als Erwerbsarbeit, als Männerarbeit, die finanziell entlohnt, hierarchisch geordnet, sowie nach Berufen spezialisiert wird zur Folge und hat unser heutiges Verständnis von Normalarbeit mitgebildet. Zum anderen drängte sie andere gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten an den Rand, so Hausen. Während „die traditionelle Privilegierung von Männern in der Erwerbswelt“ (Hausen 2000: S.353) inzwischen angefochten wird und Frauen gleichwertige Karrierechancen und Entlohnungen einfordern, gilt es nun die vernachlässigten Perspektiven der Arbeit als vollwertig anzuerkennen. Hierzu zählt sie die Familienarbeit, Hausarbeit und darüber hinaus auch das Ehrenamt, was dem Arbeitsbegriff ganz neue Dimensionen eröffnet (vgl. ebd.: S. 348-353). Gleichzeitig stellt sie die These auf, dass durch den „aufgekündigten Geschlechtervertrag“ (Hausen 2000: S.354) als Triebkraft „die bisherige Form der wohlfahrtsstaatlich gestützten Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft [...] in dieser Form schon auf kurze Sicht nicht mehr reproduzierbar“ (ebd.: S. 354) sei. Soziale Verbindlichkeiten die bisher normativ auf das weibliche Geschlecht festgelegt waren sind nicht mehr verpflichtend und müssen in Zukunft durch ein „hochwertiges Angebot staatlicher, marktwirtschaftlicher und ehrenamtlicher Dienstleistungen“ (ebd.: S.355) sichergestellt werden. Auf dieser Basis entwickelt Hausen ihre Zukunftsvision: Statt Arbeit nur auf der ökonomischen Basis des marktförmigen Güteraustausches zu messen, fordert sie eine neue „volkswirtschaftliche[] Gesamtrechnung, die [...] außer den marktvermittelten Wertbewegungen auch die zur Reproduktion von Menschen jenseits des Arbeitsmarktes geleistete Arbeit in die Kalkulation integriert“ (ebd.: S. 356). Die dem Primat des Kapitals unterworfenen kapitalistische Wirtschaft lebt von Werten, die sie selbst nicht produziert und verursacht Schäden, für die sie nicht aufkommen will. Doch gerade diese „sozialen Folgekosten [...] ebenso wie die die Folgekosten der Umweltbelastungen und der nicht entlohnten Haus-, Familien- und sonstigen fürsorgenden Arbeiten“ (ebd.: S.356) müssen als fundamentaler Bestandteil des Wirtschaftslebens wertgeschätzt und finanziert werden (vgl. ebd.: S.356).

4.3. Kritik aus philosophischer Sicht

Auch aus philosophischer Perspektive wird reichhaltig Kritik an dem verengten Arbeitsbegriff geübt. An dieser Stelle soll das Arbeitsverständnis von Karl Marx herangezogen werden, für dessen Gesellschaftstheorie Arbeit einen fundamentalen Bestandteil, wenn nicht die Grundkategorie überhaupt, darstellt (vgl. Jäger/ Pfeiffer 1996: S.234-235). Während mit der

zunehmenden Kritik an der Arbeitsgesellschaft Marx Arbeitssoziologie als nicht mehr zeitgemäß beanstandet wird, ist diese Kritik auf die „ökonomistische Reduktion des Marxschen Arbeitsbegriff auf die Erwerbsarbeit“ (Jäger/ Pfeiffer 1996: S.236) zurückzuführen. Mit dieser Fehlinterpretation gilt es daher aufzuräumen, da Marx vielmehr einen „synonymen Gebrauch von ‘Arbeit‘ und ‘Lebenstätigkeit‘ “ (ebd.: S.236) pflegte, sodass Arbeit „also eine ontologische Kategorie menschlichen Daseins“ (ebd. 1996: S.237) bezeichnet. Die „Arbeit beinhaltet alle Aktivitäten, die der Mensch zur Vergegenständlichung seines Gattungswesen, zur Aufrechterhaltung seiner menschlichen Existenz unternimmt“ (ebd.: S.238). Daraus folgt, dass Marx‘ Arbeitsbegriff „untrennbar mit dem gesamten Reproduktionsprozeß des menschlichen Lebens verbunden ist“ (Kurnitzky 1970 nach Jäger/ Pfeiffer 1996: S.238) und jegliche gesellschaftlich unverzichtbaren Tätigkeiten wie Familienarbeit, Hausarbeit und Ehrenamtsarbeit miteinschließt. Die „Erwerbsarbeit stellt für Marx lediglich eine Unterkategorie vergesellschafteter Arbeit dar, die in ihrer historischen Form als spezifische Ausprägung der warenproduzierenden Gesellschaft auftritt“ (Jäger/ Pfeiffer 1996: S.236). Marx hat mit seinem historischen Materialismus bereits vorweggenommen, dass die im Laufe der Geschichte sich wandelnde Produktionsweisen und Gesellschaftsformen die Arbeit mit unterschiedlichen Werten konnotieren.⁶ Seine Arbeitssoziologie hat nichts von ihrer Aktualität verloren und fordert nahezu dazu auf mit in die Debatte zum Aufbrechen des verengten Arbeitsbegriffs mit einbezogen zu werden (vgl. Jäger 1996: S.244).

⁶ (vgl. Kap.: 2 Arbeit im geschichtlichen Kontext)

5. Jenseits des konventionellen Arbeitsbegriffs

Während die bisherigen Anläufe den Zweck hatten das eingeeengte Verständnis von Arbeit aufzubrechen und den Arbeitsbegriff auf eine Vielzahl von Tätigkeiten weiter über die Erwerbsarbeit hinaus zu erweitern, soll im Folgenden nach dem „Anderen der Arbeit“ (Voß 2010: S.60) gefragt werden.

5.1. Nicht-Arbeit

Beim Abgrenzen der Arbeit, die, wie oben aufgezeigt, eine sehr große Bandbreite von Tätigkeiten umfasst, vom anderen menschlichen Tun, gerät leicht die Freizeit in den Blickpunkt. Diese Gegensphäre ist jedoch, wie die Arbeitslosigkeit, eine „gesellschaftliche, ja sogar gesellschaftspolitische und sozialrechtliche ‚Erfindung‘“ (Voß 2010: S.60), die letztendlich nur als Kategorie zum Abgrenzen von der Erwerbsarbeit notwendig wurde und bisher historisch noch sehr jung ist und vorwiegend nur in den westlich orientierten Industrieländern ihre Gültigkeit hat (vgl.: Voß 2010: S.61-62). Der Begriff der Freizeit bringt jedoch ebenfalls Probleme mit sich. Mag er sich noch dazu eignen die Zeitspanne der Erwerbsarbeit von der Nicht-Arbeit abzugrenzen, lässt sie sich auf Selbstständige, Arbeitslose, Hausfrauen etc. nicht mehr anwenden. Gleichzeitig zeichnet sich immer mehr ein Trend ab, dass „Trennungslinien zwischen dem, was konventionell Arbeit ist und dem, was gegenübersteht, zunehmend unscharf werden“ (Voß 2010: S.62). Privat- und Freizeitphasen werden immer mehr professionalisiert (Sport, Aus- & Weiterbildung) und rationalisiert (Konsum, Kalkulation der Lebenskosten), sodass sie Anteile der Arbeit enthalten, während die Erwerbsarbeit zunehmend mit Eigenschaften durchzogen wird, die der Gegenkategorie zugeschrieben werden. Sich wandelnde Wertorientierungen führen zu einer normativen Subjektivierung der Arbeit: Ihr wird zunehmend ein lebenssinnstiftender Charakter abverlangt; sie soll Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung ermöglichen (vgl.: Voß: S.62-63).

Der Arbeit die Freizeit als Gegenbegriff gegenüberzustellen ist ein kategorischer Fehler, so der deutsche Philosoph Kurt Röttgers. Die Freizeit umfasst eine Zeitspanne, wohingegen die Arbeit in ihrem ursprünglichen, weit gefassten Charakter nicht an einen Zeitpunkt gebunden werden darf (vgl. Röttgers 2007: S.161-163). Vielmehr solle der „Begriff der Muße als Gegenbegriff zum Arbeitsbegriff“ (Röttgers 2007: S.164) angewendet werden. Um dies nachvollziehen zu können ist es sowohl notwendig sich der ökonomischen Einschränkung des Arbeitsbegriffs und dem der Muße angehefteten Freizeitcharakter zu entledigen. Der

fundamentale Kern der Begriffe ist vielmehr: „Arbeit beruht auf Aufschub“ (Röttgers 2007: S.171), stellt also einen Prozess dar, der auf ein Ziel hinarbeitet, „Muße dagegen erfüllt die Gegenwart“ (Röttgers 2007: S.171) und beschreibt somit eine Tätigkeit der um ihrer selbst willen nachgegangen wird. Dennoch können beide Begriffe nicht getrennt aufgefasst werden: Der „Sinn von Arbeit ist ohne Muße in der Arbeit unvollständig beschrieben“ (Röttgers 2007 S.173) und umgekehrt. Während die Arbeit immer gegenwärtige Ressourcen für ein Ziel in der Zukunft nutzt, hat sie gleichzeitig (vor allem auch mit der steigenden Subjektivierung der Arbeit) Anteile der Muße inne. Die Muße hingegen, die „keinen Zweck, der außerhalb ihrer selbst läge“ (Röttgers 2007: S.174) hat, verfügt jedoch auch über Anteile eines externen Zweckes, denn auch Muße will geübt sein bzw. das „Glück der Muße will erarbeitet sein“ (Röttgers 2007: S.175). Letztendlich sind die Begriffe der Arbeit und Muße zwar Gegenpaare, „aber in ihrer dialektischen Vermittlung zeigt sich die gegenseitige Verschränkung und Durchdringung beider, so dass jede Seite die andere als ihr Bestes hat (Röttgers 2007: S.175).

5.2. Erweitertes Verständnis

Mit dem Einblick in die Geschichte des Arbeitsbegriffs sowie den drei kritisierenden Anläufen an seiner Verengung konnte aufgezeigt werden, dass Arbeit sich weit über Erwerbsarbeit hinaus erstreckt. Das spezifische Verständnis von Arbeit ist kulturell verschieden und wandelt sich historisch mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Die normative und ökonomische Verengung in unserem Breitengrad ist nur eine kulturelle und historische Besonderheit. Im Umgang mit der Frage was Arbeit eigentlich ist, wäre es kontraproduktiv ihr hier bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben. Vielmehr kann Arbeit schließlich jedwede Art von Tätigkeiten sein, solange sie gesellschaftlich auch als solche anerkannt wird. Der Begriff ist durch die herrschenden Kräfte vorgegeben: Der Kampf um die Semantik ist gleichzeitig ein herrschaftlicher Kampf (vgl. Voß 2010: S.64). Die semantische Besetzung gibt weitreichenden Aufschluss über „den Zustand der Gesellschaft“ (Voß 2010: S.64). Insgesamt sollte „deutlich geworden sein: „Arbeit“ ist ein Konstrukt“ (Kocka 2005: S.8). Sobald jedoch die Erwerbsarbeit ein immer knapperes Gut wird und es zunehmend schwieriger wird jedem einen festen, bezahlten Arbeitsplatz zu sichern, ist ein gesellschaftliches Umdenken von Nöten. Der französische Sozialphilosoph André Gorz hält einen politischen und ideologischen Bruch für unabdingbar, damit die gegenwärtige Problematik nicht mehr als „>>ein[] Mangel an Arbeit<<“ (Gorz 1999: S.102) diskutiert, sondern als eine ungleiche „Verteilung des Reichtums, für dessen Erwirtschaftung das Kapital immer weniger braucht“ (ebd.: S.102) anerkannt wird. (vgl. Gorz 1999: S.102-103) Die drei

Anläufe zum Aufbrechen des Arbeitsbegriffs zielten auf die Ausweitung und Wertschätzung bestimmter Aspekte der Arbeit ab. Mit den Schlagworten: Hausarbeit, Familienarbeit, Ehrenamtsarbeit und soziale Tätigkeiten werden Bedürfnisse genannt, die nicht zahlungskräftig und im Rahmen einer Marktwirtschaft nicht rentabel sind“ (Gorz 1999: S.121). Diese können in einem „Dritte Sektor“ zusammengefasst werden. Dieser umfasst die Tätigkeiten, die für die freie Wirtschaft als unökonomisch erachtet werden, und von denen sich der Staat derzeit immer weiter zurückzieht.

5.3. Der Dritte Sektor

Der US-amerikanische Soziologe und Ökonom Jeremy Rifkin formuliert: Der Dritte Sektor ist nicht kommerziell. Er „umfasst alle formellen und informellen, nicht auf Profit abzielenden Aktivitäten, die zusammen das kulturelle Leben der Gesellschaft ausmachen“ (Rifkin 2004: S.37). Mit einem großen Spektrum an „Aktivitäten von der Sozialarbeit bis zum Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft, Kunst, Sport, Erholung, Religion und Rechtshilfe“ (ebd.: S.37-38) hält er die Gemeinschaft und die Sozialordnung zusammen. Er ist die Antithese zu Adam Smiths unsichtbarer Hand; nicht der Egoismus sondern die Empathie schafft persönliches und gemeinschaftliches Wohlergehen. Der dritte Sektor ist eine Parallelwirtschaft, die statt ökonomischen Kapitals – **Sozialkapital** schafft. Dieses ist das Fundament der Gesellschaft, da „ohne Sozialwirtschaft es keine Marktwirtschaft geben könne“ (Rifkin: S.44). Die Finanzierung soll über eine Steuerumschichtung erfolgen (vgl. ebd.: S. 37-44).

Ingo Bode hat den Dritten Sektor in Deutschland untersucht und bemerkt, dass dieser Sektor „für das gesellschaftliche Leben von nicht zu unterschätzender Bedeutung“ (Bode 2010: S.963) ist. Er ist ein zentraler Bestandteil der modernen Gesellschaft und wichtige Institutionen des Staates und auch Teilbereiche aus dem Dienstleistungssektor basieren auf ihm. Statt Gewinninteresse ist die intrinsische Motivation der zentrale Pfeiler. Dabei unterscheidet er in zwei Grundformen von Arbeit im Dritten Sektor: **Gemeinnützige Berufsarbeit**, die sich „zwar mit Tätigkeitsprofilen, wie sie für öffentliche Einrichtungen typisch sind“ (ebd.: S.963) überschneidet, jedoch in Nonprofit-Organisationen eingebettet ist und **organisiertes freiwilliges Engagement**, welches „immer auch ein Engagement für persönliche (lebensweltliche) Interessen sein kann und Gemeinsamkeiten mit anderen Varianten informeller Tätigkeit (Familienarbeit, Freizeitgestaltung)“ (ebd.: S.963) aufweist.

6. Konzepte für eine Gesellschaft mit einem erweiterten Arbeitsverständnis

Während Ingo Bode in seiner Ausarbeitung über den Dritten Sektor in Deutschland es bei einer Analyse der gegenwärtigen Situation belässt und keine Aussagen über mögliche Entwicklungen im Zusammenhang mit der wandelnden Erwerbsgesellschaft machen möchte, soll an dieser Stelle abschließend auf zwei Zukunftsperspektiven hingewiesen werden.

6.1. Bürgerarbeit – Ulrich Beck

In dem Werk „Schöne neue Arbeitswelt“, stellt Ulrich Beck sein Modell der Bürgerarbeit vor. Er fordert einen Abschied von der Arbeitsgesellschaft und präsentiert die Bürgerarbeit als ersten Schritt zu einer politischen Gesellschaft „welche die Idee der Bürgerrechte und der transnationalen Zivilgesellschaft für Europa materialisiert, (und) auf diese Weise die Demokratie demokratisiert und belebt“ (Beck 1999: S.127). Bürgerarbeit ist eine freiwillige, selbstorganisierte Arbeit; unter „dem Motto: Frage nicht, was der Staat tun kann, sondern frage was du tun kannst, um den Mißstand abzubauen!“ (ebd.: S.130) wird den Bürgern weitgehend Organisationsautonomie übertragen. Eigenverantwortlich sollen sie mit „schöpferische[m] Ungehorsam“ (ebd.: S.130) politische und soziale Projekte für das Gemeinwohl verwirklichen. Den Nutzen erwartet Beck nicht nur aus den verwirklichten Projekten, sondern gleichzeitig durch den Zusammenhalt und die Kommunikation in den entstehenden Bürgergruppen selbst. Mehr „Bildung, Erfahrung mit Demokratie, Bewußtsein sowie ein waches, aktives Gemeindeleben“ (ebd.: S.129) nennt er als mögliche Folgen. Die Bürgerarbeit soll mit Bürgergeld, das mindestens den geltenden Arbeitslosen- und Sozialhilfestandards entspricht, Rentenansprüchen, Sozialzeiten und anderen Privilegien belohnt werden.

6.2. Bedingungsloses Grundeinkommen – André Gorz

Der französische Sozialphilosoph André Gorz geht noch einen Schritt weiter. Dieser konstatiert, dass Arbeitszeit aufhören muss, das Maß von Arbeit (in welcher Ausprägung auch immer) zu sein. Er sieht „das Bedürfnis, zu werken, zu wirken und zu handeln, sich an anderen zu messen und von ihnen anerkannt zu werden“ (Gorz 1999: S.102) als grundlegende menschliche Eigenschaft, die es wieder von fremdbestimmter Lohnarbeit zu lösen gilt. „Daher lehnt er die pflichtmäßig, wohltätige Arbeit ab und fordert stattdessen das „*allgemeine und bedingungslos garantierte Grundeinkommen*“ (ebd.: S.120) für jeden. Dieses sieht er als die (Rück-)„Aneignung der Arbeit“ (ebd.: S.118) und erfüllt folgende Kriterien: Es darf nicht

unter dem Existenzminimum liegen, da ansonsten eine Deregulierung des Arbeitsmarktes mit Prekarisierung und Flexibilisierung beschleunigt wird. Ferner darf es nicht mit Arbeitszwang verknüpft werden, da eine verpflichtende, wohltätige Bürgerarbeit nach Ulrich Beck, entwertet sowie ihrer eigentlichen Sinnggebung entfremdet wird und von vornherein die Kreativität und verschiedene Aktivitäten beschneidet (vgl. ebd.: S.116-126). Dennoch hat das garantierte bedingungslose Grundeinkommen „nicht die Funktion, >>ein Leben ohne Arbeit<< zu ermöglichen“ (ebd.: S. 119), sondern diese aus dem kapitalistischen System zu entkoppeln, aus den Zwängen des Arbeitsmarktes und unwürdiger Arbeit zu befreien und in die Selbstverantwortung des Menschen übertragen. Die Arbeitsplätze werden schließlich angenehmer und passen sich an die Bedürfnisse der Beschäftigten an und Arbeit selbst wird zu einem Hort der Selbstverwirklichung und Selbstbehauptung (vgl. ebd.: S.120-128). Letztendlich zeichnet Gorz eine Utopie auf, in der die „Notwendigkeit der Arbeit sich *als solche* nicht mehr bemerkbar macht, weil jeder von Kindheit an von einer Fülle künstlerischer, sportlicher, wissenschaftlich-technischer, kunstgewerblicher, politischer, philosophischer, ökosophischer und kooperativer Aktivitäten mitgerissen wird“ (ebd.: S. 133). Gorz hofft somit auf eine Welt, in der der Mensch seine Trägheit überwindet und seine errungene Zeitautonomie zum Ausschöpfen der persönlichen Potentiale und der Entfaltung des eigenen Lebens voll ausnutzt (vgl. ebd.: S.128-133).

7. Fazit

Letztendlich sollte deutlich geworden sein: ‚Arbeit‘ ist kein statischer Begriff, sondern sie wird im Laufe der Geschichte je nach Kultur, Gesellschaftsform und Herrschaftsverhältnissen verschieden besetzt und ausgedeutet. Am Schluss dieser Hausarbeit soll es vermieden werden, ausgehend von der Verengung auf die Erwerbsarbeit, neue Grenzen zu ziehen. Stattdessen sei darauf hingewiesen, dass ihr theoretisch jegliche menschliche Tätigkeiten zugeordnet werden können. Was nun lediglich feststeht: Arbeit ist eine zielgerichtete Tätigkeit.

Mit diesem Hintergrundwissen erscheint schließlich die Krise der Arbeitsgesellschaft in einem ganz neuen Licht. Nicht die knapper werdende Erwerbsarbeit ist ein Problem, sondern das Bestreben an dieser festzuhalten. Dabei ist genügend Arbeit vorhanden: Im Dritten Sektor, der von der Wirtschaft als unökonomisch abgewertet wird und aus dem sich der Staat, aufgrund zunehmender Deregulierung und Kosteneinsparung, immer weiter zurückzieht. Doch das Soziale ist ein wichtiger Grundpfeiler einer gesunden Gesellschaft, wird es weiter vernachlässigt sind die Folgekosten unabsehbar. Fest steht: Es mangelt in unserer Gesellschaft nicht an Arbeit, sondern an der Wertschätzung wichtiger Tätigkeiten. Statt alte Beschäftigungsformen zu fördern bzw. zu subventionieren, muss mit dem Primat der Erwerbsarbeit abgeschlossen werden. Die sozialen Tätigkeiten im Dritten Sektor müssen als gleichwertig anerkannt und vorangetrieben werden. Im Endeffekt muss Arbeit humaner und besser verteilt werden und nicht dem Kapital sondern den Menschen dienen.

Die abschließenden Konzepte der Bürgerarbeit von Ulrich Beck und des bedingungslosen Grundeinkommens von André Gorz als nur zwei von vielen Zukunftsvisionen und potentiellen Zukunftschancen sollen zeigen, dass es bereits viele Ideen gibt, wie eine Gesellschaft jenseits des Primats der Erwerbsarbeit aussehen kann. Dazu ist es jedoch nötig die herrschaftlichen Interessen, die mit dem verengten Arbeitsverständnis einhergehen aufzudecken, den Arbeitsbegriffs seiner Fesseln zu befreien und öffentlich unvoreingenommen über die Zukunft der Arbeit zu diskutieren.

8. Quellen

Beck, Ulrich 1999²: Schöne neue Arbeitswelt. Vision Weltbürgergesellschaft. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag.

Bode, Ingo 2010: Arbeit im gemeinnützigen und informellen Sektor, in Böhle, Fritz; Voß, G. Günter; Wachtler, Günther (Hrsg.) 2010: Handbuch Arbeitssoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gorz, André 1999²: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Hausen, Karin 2000: Arbeit und Geschlecht, in Kocka, Jürgen, Offe, Claus, Redslob, Beate (Hg.) 2000: Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Hillmann, Karl Heinz 2007: Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart: Alfred Kröger Verlag

Jäger, Wieland; Pfeiffer, Sabine 1996: „Die Arbeit ist das lebendige, gestaltende Feuer...“ Der marxische Arbeitsbegriff und Lars Claussen Entwurf einer modernen Arbeitssoziologie, in Daheim, Hans-Jürgen et. al. Heft2/ 1996: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Rifkin, Jeremy 2004: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag.

Röttgers, Kurt 2008: Muße, in Jäger, Wieland; Röttgers, Kurt (Hrsg.) 2008: Sinn von Arbeit. Soziologische und wirtschaftsphilosophische Betrachtung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sieder, Reinhard 1987: Sozialgeschichte der Familie. (S.125-145) Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Voß, G. Günter 2010: Was ist Arbeit? Zum Problem eines allgemeinen Arbeitsbegriffs, in Böhle, Fritz; Voß, G. Günter; Wachtler, Günther (Hrsg.) 2010: Handbuch Arbeitssoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weber, Max 1956: Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik. (S.356-381) Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.

Online-Quellen

Destatis 2012: 2011: Zahl der unbefristet in Vollzeit Beschäftigten steigt deutlich. Pressemitteilung Nr. 263 vom 30.07.2012.

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/07/PD12_263_132.html

(Zugriff: 4.01.2013)

Eichhorst, Werner; Kuhn, Andrea; Thode, Eric; Zenker, Rosemarie 2010: Traditionelle Beschäftigungsverhältnisse im Wandel. Benchmarking Deutschland: Normalarbeitsverhältnis auf dem Rückzug. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit. (im Auftrag der Bertelsmann Stiftung)

http://www.iza.org/en/webcontent/publications/reports/report_pdfs/iza_report_23.pdf

(Zugriff 4.01.2013)

Eurostat Pressestelle 2012: Juni 2012, Arbeitslosenquote des Euroraums bei 11,2%

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-31072012-BP/DE/3-31072012-BP-DE.PDF (Zugriff: 3.01.2013)

Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. CDU Programm. 2007.

<http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf>

(Zugriff: 5.01.2013)

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. (StabG). 1967.

<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/stabg/gesamt.pdf>

(Zugriff: 5.01.2013)

Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland. Parteiprogramm der Piraten 2011.

<http://www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/Grundsatzprogramm-Piratenpartei.pdf>

(Zugriff: 11.01.2012)

Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD. 2007.

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

(Zugriff: 5.01.2013)

Hartmann, Michael; Schmidt, Katrin; Wüllerich, Judith, Zirra, Dr. Sascha 2012: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Dezember 2012. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Monatsbericht-Arbeits-Ausbildungsmarkt-Deutschland/Monatsberichte/Generische-Publikationen/Monatsbericht-201212.pdf>

(Zugriff: 4.01.2013)

Kocka, Jürgen 2005: Mehr Last als Lust. Arbeit und Arbeitsgesellschaft in der europäischen Geschichte.

<http://www.zeitgeschichte-online.de/zol-arbeitsgesellschaft-2010> (Zugriff 12.07.2012)

Zuerst erschienen in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/2005; Berlin: Akademie Verlag. S.185-206.

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der europäischen Union

(AEUV) 2010.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:0047:0200:de:PDF>

(Zugriff: 5.01.2013)

Oschmiansky, Frank; Kühl, Jürgen 2010a: Deregulierung des Arbeitsmarktes: Das Normalarbeitsverhältnis und andere Beschäftigungsformen. Bundeszentrale für politische Bildung.

<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55341/deregulierung?p=all>

(Zugriff: 3.01.2013)

Oschmiansky, Frank; Kühl, Jürgen 2010b: Wohlfahrtsstaatliche Grundmodelle.

Bundeszentrale für politische Bildung.

<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55072/wohlfahrtsstaatliche-grundmodelle?p=all> (Zugriff: 3.01.2013)

(o.V.) 06.04.2001: Es gibt kein Recht auf Faulheit, in manager magazin. Hamburg: manager magazin new media GmbH

<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,126811,00.html>

(Zugriff: 03.01.2013)

(o.V.) 2013: Tatsächliche Arbeitslosigkeit, in Die Linke.

<http://www.die->

[linke.de/politik/themen/arbeitsmarktundmindestlohn/tatsaechlichearbeitslosigkeit/](http://www.die-linke.de/politik/themen/arbeitsmarktundmindestlohn/tatsaechlichearbeitslosigkeit/)

(Zugriff: 4.01.2012)

(o.V.) Normalarbeitsverhältnis, in Destatis.

<https://www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/Normalarbeitsverhaeltnis.html>

(Zugriff: 03.01.2013)